

## **Frauenrechte statt rechte Frauen** **Wie die AfD Frauen dominieren will**

Wir beleuchten das Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2017 (Kapitel 7, S. 34-36 des Wahlprogramms)

### Das sagt die AfD:

„Die dramatische Zunahme der Ehe- und Kinderlosigkeit und das Verschwinden normaler mittelgroßer Familien – von den etablierten Parteien längst als alternativlos hingenommen – sorgen für eine Schrumpfung unserer angestammten Bevölkerung um mehr als 250.000 Personen pro Jahr, mit stark steigender Tendenz. Die AfD stemmt sich gegen diesen Trend zur Selbstabschaffung und will Deutschlands Gesellschaft von Grund auf familien- und kinderfreundlicher gestalten.“

### Das sagen wir dazu:

Beziehung und Liebe ist auch ohne Ehe möglich, doch wenn die AfD die Ehelosigkeit als Problem ansieht, sollte sie auch die Ehe für alle befürworten mit allen damit verbundenen Rechten, wie auch die Adoption für homosexuelle Paare. So kann unter anderem der Kinderlosigkeit entgegengewirkt werden und die Gesellschaft kinder- und familienfreundlicher werden. Jedem Paar sollte aber grundsätzlich selbst überlassen werden, ob sie Eltern werden wollen. Woher der Wert von 250.000 Personen Schrumpfung der Bevölkerung pro Jahr stammt, hält die AfD offen, ebenso die Definition für „mittelgroße Familien“. Die von der AfD abgelehnte Zuwanderung nach Deutschland ist eine Chance für Bevölkerungszuwachs.

### Das sagt die AfD:

„Wir wollen das Land unserer Väter und Mütter nicht irgendjemandem hinterlassen, der dieses Erbe verschleudert oder ausplündert, sondern unseren Nachkommen, denen wir unsere Werte vorgelebt und mitgegeben haben. Stabile Familien sind die Mitte und Grundlage jeder sich selbst erhaltenden Gesellschaft, in der Wohlstand und sozialer Frieden herrschen und Werte weitergegeben werden.“

### Das sagen wir dazu:

Die traditionelle Familie, wie sie die AfD wünscht, ist keine Garantie auf stabile Familienverhältnisse. Hier wird nicht definiert, welche Werte es sind, die weitergegeben werden sollen. Unsere Werte sind demokratische und soziale Werte, wie Respekt und Solidarität!

### Das sagt die AfD:

„Die Schwangerschaftskonfliktberatung muss tatsächlich dem Schutz des Lebens dienen. Wie vom Bundesverfassungsgericht zur Bedingung gestellt, ist regelmäßig die Wirksamkeit der Beratungsscheinregelung zu überprüfen. Gegebenenfalls ist durch gesetzliche Korrekturen ein wirksamer Lebensschutz zu gewährleisten. Wir lehnen alle Bestrebungen ab, die Tötung Ungeborener zu einem Menschenrecht zu erklären.“

### Das sagen wir dazu:

Das Recht auf Abtreibung ist das Recht am eigenen Körper für jede Frau! Eine Abtreibung ist nie eine Entscheidung, die leichtfertig getroffen wird. Die Schwangerschaftskonfliktberatungen bieten heute eine große Palette an Hilfsmöglichkeiten. Doch die Gründe für eine Abtreibung sind vielfältig und nicht alleine durch Ängste bestimmt. Das Recht auf Schwangerschaftsabbruch ist ein Grundrecht (Art. 218a GG), an welchem wir festhalten werden!

### Das sagt die AfD:

„Der Erhalt des eigenen Staatsvolks ist vorrangige Aufgabe der Politik und jeder Regierung. Dies kann in der derzeitigen demographischen Lage Deutschlands nur mit einer aktiven Bevölkerungspolitik gelingen.“

### Das sagen wir dazu:

Für uns gehört zu einer aktiven Bevölkerungspolitik eine aktive Einwanderungs- und Integrationspolitik. Der Begriff Staatsvolk meint kein Volk im eigentlich ethnischen Sinne, sondern Menschen mit gemeinsamer Staatsbürgerschaft unabhängig von der Nationalität. Daher ist die Forderung der Erhaltung eines Staatsvolkes lediglich eine Floskel der AfD.

### Das sagt die AfD:

„Ohne ausgeglichene Geburtenbilanz ist der soziale Frieden, soweit er auf unserem Sozial-, Renten- und Gesundheitssystem basiert, gefährdet. Das Staatsziel des Erhalts unseres Staatsvolks macht Maßnahmen zur Erhöhung der Geburtenzahl erforderlich, auch um unsere Sozialversicherungssysteme zu stabilisieren.“



Eine kinderfreundliche Gesellschaft und der Erhalt des Staatsvolks sind daher als Staatsziel ins Grundgesetz aufzunehmen.“

Das sagen wir dazu:

Wir fragen uns, wie die AfD sich den Erhalt des Staatsvolks im Grundgesetz und die Erhöhung der Geburtenzahl vorstellt. Jede/r sollte die Freiheit haben, selbst zu bestimmen, ob er oder sie Kinder möchte, mit wem und in welcher Anzahl. Dies möchten wir uns nicht durch das Grundgesetz vorschreiben lassen!

Das sagt die AfD:

„Die AfD will durch Aufklärung und Hilfen junge Menschen ermutigen, eine Familie zu gründen. Kinder dürfen nicht länger ein Armutsrisiko sein. Ehe, Familie, Haushaltsführung und Kindererziehung sollen in den Lehrplänen und Schulbüchern aller allgemeinbildenden Schulen (wieder) eine positive Berücksichtigung finden. Die AfD will auch die Fürsorge für pflegebedürftige Angehörige besser unterstützen. Diese Familienarbeit muss gleichwertig anerkannt werden und zu Sozialversicherungsansprüchen führen wie jede andere berufliche Tätigkeit.“

Das sagen wir dazu:

Dies steht im Widerspruch dazu, dass die AfD nicht möchte, dass die Schulen sich in die Erziehung der Kinder einmischen und sexuelle Vielfalt lehren. Die Forderung der AfD soll die Frauen zurück an den Herd treiben, denn Frauen übernehmen noch immer den Großteil der unbezahlten Erziehungs-, Haushalts- und Sorgearbeit (siehe zB.

[http://www.bpb.de/themen/NZTUQ6,0,Unbezahlte\\_Arbeit.html](http://www.bpb.de/themen/NZTUQ6,0,Unbezahlte_Arbeit.html)). Die Forderung der AfD stellt daher eine Benachteiligung der Frauen dar.

Das sagt die AfD:

„Eine Willkommenskultur für Kinder muss sich auch in konkreten Maßnahmen zeigen: Ein Baby-Begrüßungsgeld in Form von Bargeld oder sofortigem Steuernachlass soll dazu einen Beitrag leisten. Eltern soll ein längerer Anspruch auf Arbeitslosengeld I zustehen und ihre Neueinstellung durch Wiedereingliederungshilfen an den Arbeitgeber gefördert werden.“

Das sagen wir dazu:

Hier zeigt sich wieder, dass die AfD die Rolle der Frau überwiegend auf das der Gebärenden und Mutter reduzieren will.

Statt einer Verlängerung des Anspruchs auf Arbeitslosengeld I, stehen wir für einen starken Kündigungsschutz für Eltern und sichere und fair bezahlte Arbeitsplätze sowie kostenfreie KiTa-Plätze und kostenfreie Bildung als finanzielle Entlastung für Familien.

Das sagt die AfD:

„Studenten mit gutem Studienabschluss, die während des Studiums oder kurz danach Eltern werden, wollen wir die BaFöG-Rückzahlung erlassen.“

Das sagen wir dazu:

Wir fordern kostenfreie Studienplätze und rückzahlungsfreie Unterstützung für alle Studierende, unabhängig von einer Elternschaft.

Das sagt die AfD:

„Familien, in denen Kinder erzogen werden, leisten einen ebenso wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme wie aktive Beitragszahler. Daher will die AfD durch einen umfassenden Leistungsausgleich eine Steuer- und Beitragsgerechtigkeit für Familien herstellen. Dazu gehört ein Familiensplitting, das über angemessene Freibeträge pro Familienmitglied zu einer spürbaren Entlastung von Familien führen soll.“

Das sagen wir dazu:

Diese Forderung benachteiligt alle Alleinerziehenden und alle Lebensformen, die nicht der traditionellen Familie entsprechen. Wir fordern vielmehr die Unterstützung aller Lebensformen und insbesondere den Ausbau der Hilfsangebote für Alleinerziehende!

Das sagt die AfD:

„Gender-Ideologie marginalisiert naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern und stellt geschlechtliche Identität in Frage. Sie will die klassische Familie als Lebensmodell und Rollenbild abschaffen. Damit steht sie in klarem Widerspruch zum Grundgesetz, das die (klassisch verstandene) Ehe und Familie als staatstragendes Institut schützt, weil nur dieses das Staatsvolk als Träger der Souveränität hervorbringen kann. Die Gender-Ideologie widerspricht sowohl den wissenschaftlichen Erkenntnissen der Biologie und der Entwicklungspsychologie als auch der lebenspraktischen Alltagserfahrung vieler Generationen. Wir lehnen daher Bestrebungen auf nationaler wie internationaler Ebene ab, diese Ideologie durch



Instrumente wie Gender-Studies, Quotenregelungen z.B. für Frauen, Propagandaaktionen wie den „Equal Pay Day“ oder die „geschlechterneutrale Sprache“ umzusetzen.“

#### Das sagen wir dazu:

„Gender-Ideologie“ ist ein von rechten Gruppierungen erfundener Begriff und bedeutet in Kurzform die Abschaffung der beiden Geschlechter „Mann“ und „Frau“. Diese Forderung jedoch, hat nichts mit der Genderpolitik zu tun, die wir betreiben. Uns geht es vielmehr um die Vielfalt der Geschlechter, also Erweiterung statt Abschaffung der Geschlechter, sowie um eine Gleichberechtigung und Selbstbestimmung aller Personen. Die Instrumente unserer Genderpolitik sind ein notwendiges Mittel, ohne welche sich die gesellschaftliche Einstellung zur Gleichberechtigung der Geschlechter nicht ändert.

#### Das sagt die AfD:

„Die AfD will, dass sich die Familienpolitik des Bundes und der Länder am Bild der Familie aus Vater, Mutter und Kindern orientiert. Wir lehnen alle Versuche ab, den Sinn des Wortes „Familie“ in Art. 6, Abs. 1 Grundgesetz auf andere Gemeinschaften auszudehnen und der Familie auf diesem Wege den besonderen staatlichen Schutz zu entziehen.“

#### Das sagen wir dazu:

Der Begriff „Familie“ hat verschiedene Definitionen. Wir lehnen die komplett einseitige Definition der traditionellen Familie aus Mutter, Vater und Kind(ern) ab und unterstützen die Vielfalt der Lebensformen als Form der Familie. Das bedeutet keineswegs eine Entziehung des staatlichen Schutzes der Familie, sondern eine Erweiterung auf alle Gemeinschaftsformen. Hierbei gelten insbesondere Art. 1 GG: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ und Art. 2 GG: „Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.“

#### Das sagt die AfD:

„Eine einseitige Hervorhebung der Homo- und Transsexualität im Unterricht, wie sie die sogenannte „Sexualpädagogik der Vielfalt“ praktiziert, stellt einen unzulässigen Eingriff in die natürliche Entwicklung unserer Kinder und in das vom Grundgesetz garantierte Elternrecht auf Erziehung dar.“

#### Das sagen wir dazu:

Es gibt keine einseitige Hervorhebung der Homo- und Transsexualität. Im Unterricht wird die gesellschaftliche Wirklichkeit dargestellt, mit allen gelebten Lebensformen. Homo- und Transsexualität zu verschweigen wäre diskriminierend und ginge an der Realität vorbei. Die AfD sieht hier einen Eingriff in das Elternrecht auf Erziehung, fordert jedoch an anderer Stelle Ehe, Familie, Haushaltsführung und Kindererziehung im Unterricht positiv darzustellen. Das ist ein Widerspruch.

#### Das sagt die AfD:

„Die „Gender-Forschung“ ist keine seriöse Wissenschaft, sondern folgt der ideologischen Vorgabe, dass das natürliche Geschlecht (Sex) und das soziale Geschlecht (Gender) voneinander völlig unabhängig seien. Ziel ist letztlich die Abschaffung der natürlichen Geschlechterpolarität. Bund und Länder dürfen keine Mittel für die „Gender-Forschung“ mehr bereitstellen und keine „Gender-Professuren“ mehr besetzen. Bestehende Förderlinien sollen beendet werden, die der „Gender-Ideologie“ verpflichteten „Gleichstellungsbeauftragten“ an den Universitäten sind abzuschaffen.“

#### Das sagen wir dazu:

Gender-Studies sind die Studien zum Verhältnis von Geschlecht zu Kultur, Gesellschaft und Wissenschaft. Diese sind unter anderem notwendig, um die soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern zu erforschen. Ziel ist nicht die Abschaffung der Geschlechterpolarität, sondern eine Chancengleichheit für alle. Die AfD übergeht damit den Fakt, dass Frauen für dieselbe Arbeit im Durchschnitt ein Viertel weniger Gehalt als ihre männlichen Kollegen erhalten und seltener in Führungspositionen vertreten sind. Aus diesen Gründen sind Gleichstellungsbeauftragte an den Universitäten (und anderswo) notwendig.

**Unser Fazit: Die AfD schafft Szenarien, die es nicht gibt (z. B. Abschaffung der Geschlechter), um damit gegen Personengruppen zu hetzen. Sie reduziert die Frau auf ihre Rolle als Gebärende und Mutter. Sie ist gegen jede Form der sexuellen Vielfalt und reduziert ihre eigenen Forderungen auf die traditionelle Familie. Die Forderungen sind vielfach ein Eingriff in das Persönlichkeitsrecht. Daher lehnen wir Frauen des **ver.di Bezirksfrauenrats Düsseldorf** das Wahlprogramm der AfD ab!**



